

Friedhofsatzung der Stadt Finsterwalde

Rechtsgrundlagen

Auf Grund der §§ 2 und 3 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007 (GVBl.I/07, [Nr. 19], S. 286), zuletzt geändert durch Gesetz vom 9. Januar 2012 (GVBl. I/12, [Nr. 01, ber. GVBl. I/12 Nr. 7] in Verbindung mit § 34 des Gesetzes über das Leichen-, Bestattungs- und Friedhofswesen im Land Brandenburg (Brandenburgisches Bestattungsgesetz - BbgBestG), vom 7. November 2001, S.226), geändert durch Artikel 31 des Gesetzes vom 17. Dezember 2003 (GVBl. I/03, [Nr.16] S. 298, 310), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 7. Juli 2011 (GVBl. I Nr. 13) hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt am 22.02.2012 die folgende Satzung (Friedhofsatzung) der Stadt beschlossen:

GLIEDERUNG

I. Allgemeine Vorschriften

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Friedhofszwecke
- § 3 Schließung und Entwidmung

II. Ordnungsvorschriften

- § 4 Öffnungszeiten
- § 5 Verhalten auf den Friedhöfen
- § 6 Gewerbetreibende

III. Bestattungsvorschriften

- § 7 Allgemeines
- § 8 Bestattung
- § 9 Benutzung der Feierhalle
- § 10 Leichenhalle (Kühlraum)
- § 11 Säрге
- § 12 Ausheben und Schließen der Gräber
- § 13 Ruhezeit
- § 14 Nutzungsrecht
- § 15 Umbettungen

IV. Grabstätten

- § 16 Allgemeines
- § 17 Reihengrabstätten
- § 18 Reihengrabstätten – grüne Wiese – mit Grabmal
- § 19 Wahlgrabstätten
- § 20 Urnenwahlgrabstätten
- § 21 Urnengemeinschaftsanlage – anonyme Beisetzung
- § 22 Urnengemeinschaftsanlage – Beisetzung mit Schrifttafel
- § 23 Anonyme Bestattungsfelder (Erd- bzw. Urnenbestattung)
- § 24 Ehrengrabstätten

V. Gestaltung der Grabstätten

- § 25 Allgemeine Gestaltungsvorschriften
- § 26 Wahlmöglichkeit
- § 27 Grabausstattung und -pflege
- § 28 Abteilungen mit besonderen Gestaltungsvorschriften
- § 29 Grabmalgestaltung
- § 30 Zustimmungserfordernis
- § 31 Anlieferung von Grabmalen
- § 32 Standsicherheit der Grabmale
- § 33 Unterhaltung der Grabmale
- § 34 Entfernung von Grabmalen
- § 35 Vernachlässigungen

VI. Schlussvorschrift

- § 36 Alte Rechte
- § 37 Haftung
- § 38 Gebühren
- § 39 Ordnungswidrigkeiten
- § 40 In-Kraft-/Außer-Kraft-Treten

I. Allgemeine Vorschriften

§ 1 Geltungsbereich

Diese Friedhofsatzung gilt für den städtischen Friedhof Sonnewalder Straße und für den Friedhof im Ortsteil Sorno.

§ 2 Friedhofszweck

1. Die Friedhöfe sind öffentliche Einrichtungen der Stadt Finsterwalde. Ihre Verwaltung und Bewirtschaftung obliegt der Stadt Finsterwalde.
2. Die Friedhöfe dienen der Bestattung aller Personen, die bei ihrem Ableben Einwohner der Stadt Finsterwalde bzw. der OT Pechhütte und Sorno waren oder ein Recht auf Beisetzung in einer bestimmten Grabstätte besaßen. Die Bestattung derjenigen Personen, die bei ihrem Ableben Einwohner der Stadt waren, erfolgt in der Regel auf dem Friedhof des Ortsteils, in dem sie zuletzt ihren Wohnsitz hatten. Die Bestattung auf anderen Friedhöfen ist möglich, wenn diese gewünscht wird und die Belegung dies zulässt oder dort ein Nutzungsrecht an einer Wahlgrabstätte besteht.
3. Die Bestattung anderer Personen bedarf einer Ausnahmegenehmigung.

§ 3 Schließung und Aufhebung

1. Der Friedhof oder Friedhofsteile können geschlossen werden. Gleiches gilt für einzelne Bestattungs- und Grabstättenarten.
2. Durch die Schließung wird die Möglichkeit weiterer Bestattungen ausgeschlossen. Als Ersatz für die Nutzungsrechte, die bis zum Zeitpunkt der Schließung nicht ausgeübt worden sind, werden auf Antrag des jeweiligen Nutzungsberechtigten Nutzungsrechte auf einem anderen Friedhof eingeräumt oder eine Rückzahlung der auf die restliche Laufzeit entfallenden Entgelte geleistet.

3. Soll der Friedhof nach der Schließung einer anderen Nutzung zugeführt werden (Aufhebung), so ist der Ablauf der Ruhezeit nach der letzten Bestattung einzuhalten.
4. Abweichend von Absatz 3 kann ein Friedhof ganz oder teilweise vor Ablauf der Ruhezeit nach der letzten Bestattung aufgehoben werden, wenn zwingende Gründe des öffentlichen Interesses es erfordern. Den Nutzungsberechtigten sind für die restliche Dauer der Nutzungsrechte entsprechende Rechte auf einem anderen Friedhofsteil oder einem anderen Friedhof einzuräumen. Die Verstorbenen, deren Ruhezeit noch nicht beendet ist, sind in diesem Fall in die neuen Grabstätten umzubetten. Durch die Umbettung, das Umsetzen der Grabmale und das Herrichten der neuen Grabstätten dürfen den Nutzungsberechtigten keine Kosten entstehen.
5. Die Schließung und Aufhebung von Friedhöfen der Gemeinde ist öffentlich bekannt zu machen.
6. Die Aufhebung bedarf der Genehmigung der nach § 31 des BbgBestG zuständigen Behörde.

II. Ordnungsvorschriften

§ 4 Öffnungszeiten

1. Die Friedhöfe sind während der an den Eingängen bekannt gegebenen Zeiten für den Besuch geöffnet.
2. Die Stadt kann aus besonderem Anlass das Betreten eines Friedhofs oder einzelner Friedhofsteile vorübergehend untersagen.

§ 5 Verhalten auf den Friedhöfen

1. Jeder hat sich auf den Friedhöfen der Würde des Ortes und der Achtung der Persönlichkeitsrechte der Angehörigen und Besuchern entsprechend zu verhalten und den Anordnungen des Friedhofspersonals Folge zu leisten.
2. Kinder unter 10 Jahren dürfen die Friedhöfe nur in Begleitung und unter Verantwortung von Erwachsenen betreten.
3. Toten-Gedenkfeiern und andere nicht mit einer Bestattung zusammenhängende Veranstaltungen bedürfen der Zustimmung des Bürgermeisters der Stadt, sie sind spätestens 7 Tage vorher anzumelden.
4. Die Veranstalter haften für alle Schäden, die aus Anlass der Feiern an den Einrichtungen, Anlagen und Gräbern entstehen.
5. Auf dem Friedhof sind insbesondere nicht gestattet:
 - a) die Wege mit Fahrzeugen aller Art und Sportgeräten (z.B. Rollschuhe, Inlineskater), ausgenommen Kinderwagen und Rollstühle sowie Fahrzeuge der Stadt und der für den Friedhof zugelassenen Gewerbetreibenden, zu befahren.
Für die zugelassenen Gewerbetreibenden gilt diese Ausnahme nur insoweit, wie die konkrete Benutzung der Wege mit Fahrzeugen der Ausübung ihres Gewerbes dient.
 - b) der Verkauf von Waren aller Art, insbesondere Kränze und Blumen sowie das Anbieten von Dienstleistungen,
 - c) an Sonn- und Feiertagen oder in der Nähe einer Bestattung störende Arbeiten auszuführen,
 - d) die Erstellung und Verwertung von Film-, Ton-, und Fotoaufnahmen, außer zu privaten Zwecken,
 - e) Druckschriften zu verteilen, ausgenommen Drucksachen, die im Rahmen einer Bestattungsfeier notwendig und üblich sind,
 - f) den Friedhof und seine Einrichtungen sowie Anlagen und die Grabstätten zu verunreinigen oder zu beschädigen, Einfriedungen und Hecken zu übersteigen und Rasenflächen (soweit sie nicht als Wege dienen), Grabstätten und Grabeinfassungen zu betreten,
 - g) Abraum und Abfall außerhalb der dafür bestimmten Stellen zu entsorgen,

- h) in die bereitgestellten Container Hausmüll, Straßenkehricht, Gartenabfälle etc. zu entsorgen,
 - i) Tiere mitzubringen - ausgenommen Blindenhunde,
 - j) Wasser zu anderen Zwecken, als zur Grabpflege zu entnehmen,
 - k) zu Lärmen und zu Spielen, zu Essen und zu Trinken sowie zu Lagern;
6. Der Bürgermeister der Stadt kann Ausnahmen zulassen, soweit sie mit dem Zweck des Friedhofs und der Ordnung auf ihm vereinbar sind.

§ 6 Gewerbetreibende

1. Bildhauer, Steinmetzer, Gärtner, Bestatter und sonstige Gewerbetreibende bedürfen für gewerbliche Tätigkeiten auf den Friedhöfen der vorherigen Zulassung durch den Bürgermeister der Stadt, die gleichzeitig den Umfang der Tätigkeiten festlegt.
Für die Zulassung wird eine Jahresgebühr erhoben.
2. Zugelassen werden Gewerbetreibende, die
 - a) in fachlicher, betrieblicher und persönlicher Hinsicht zuverlässig sind.
 - b) selbst oder deren fachlicher Vertreter die Meisterprüfung abgelegt haben oder in der Handwerksrolle eingetragen sind oder über eine gleichwertige Qualifikation verfügen.
 - c) einen ausreichenden Berufs- / Betriebshaftpflichtversicherungsschutz nachweisen können.
3. Die Zulassung erfolgt durch Zulassungsbescheid.
Die Zulassung ist alle 3 Jahre zu erneuern.
4. Die zugelassenen Gewerbetreibenden haben für jeden Bediensteten bei dem Bürgermeister der Stadt einen Ausweis zu beantragen. Die Zulassung und die Bedienstetenausweise sind dem Friedhofspersonal auf Verlangen vorzuweisen. Der Ausweis ist personengebunden und nicht übertragbar.
5. Die Gewerbetreibenden und ihre Bediensteten haben die Friedhofssatzung und die dazu ergangenen Regelungen zu beachten. Die Gewerbetreibenden haften für alle Schäden, die sie oder ihre Bediensteten im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit auf den Friedhöfen schuldhaft verursachen.
6. Unbeschadet § 5 Abs. 5 Buchst. c) dürfen gewerbliche Arbeiten auf den Friedhöfen nur während der von der Stadt festgelegten Zeiten durchgeführt werden. In den Fällen des § 4 Abs. 2 sind gewerbliche Arbeiten ganz untersagt.
7. Gewerbliche Arbeiten dürfen nur an Werktagen, außer bei Bestattungen, ausgeführt werden. Jeweils 1 Stunde vor Ende der Öffnungszeit sind die Arbeiten abzuschließen und die Arbeitsstellen sauber und ordentlich zu hinterlassen. Die Anlieferung von Särgen durch Bestattungsinstitute ist jederzeit möglich.
8. Die für gewerbliche Arbeiten erforderlichen Werkzeuge und Materialien dürfen auf den Friedhöfen nur vorübergehend und nur an Stellen gelagert werden, an denen sie nicht behindern. Bei Beendigung oder bei Unterbrechung der Tagesarbeit sind die Arbeits- und die Lagerplätze wieder in den früheren Zustand zu bringen. Die Gewerbetreibenden dürfen auf den Friedhöfen keinerlei Abfall, Abraum-, Rest- und Verpackungsmaterial ablagern. Gewerbliche Geräte dürfen nicht an oder in den Wasserentnahmestellen der Friedhöfe gereinigt werden.
9. Gewerbetreibende, die trotz schriftlicher Mahnung gegen die Vorschriften der Abs. 4 bis 8 verstoßen oder bei denen die Voraussetzungen des Abs. 2 ganz oder teilweise nicht mehr gegeben sind, kann der Bürgermeister der Stadt die Zustimmung auf Zeit oder auf Dauer durch schriftlichen Bescheid entziehen. Bei einem schwerwiegenden Verstoß ist eine Mahnung entbehrlich.
10. Gewerbetreibende mit Niederlassung in einem anderen Mitgliedsstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, die im Inland nur vorübergehend tätig sind, haben die Aufnahme ihrer Tätigkeit auf dem Friedhof anzuzeigen. Die Gewerbetreibenden haben für jeden Bediensteten bei dem Bürgermeister der

Stadt einen Ausweis zu beantragen. Die Bedienstetenausweise sind dem Friedhofspersonal auf Verlangen vorzuweisen. Abs. 1-4; Abs. 6, Satz 2 und Abs. 9 finden keine Anwendung. Das Verwaltungsverfahren kann über eine einheitliche Stelle nach dem Verwaltungsverfahrensgesetz des Landes Brandenburg abgewickelt werden.

III. Bestattungsvorschriften

§ 7 Allgemeines

1. Bestattungen sind unverzüglich nach Beurkundung des Sterbefalls bei dem Bürgermeister der Stadt anzumelden. Der Anmeldung sind die erforderlichen Unterlagen beizufügen. Wird eine Beisetzung in einer vorher erworbenen Wahlgrabstätte/Urnenwahlgrabstätte beantragt, ist auch das Nutzungsrecht nachzuweisen. Bei Feuerbestattungen ist gleichzeitig die Art der Beisetzung festzulegen.
2. Ort und Zeit der Bestattung werden durch den Bürgermeister der Stadt festgelegt. Dabei werden Wünsche der für die Bestattung sorgepflichtigen Personen nach Möglichkeit berücksichtigt. Bestattungen sollen in der Regel spätestens 10 Tage nach Eintritt des Todes erfolgen. Aschen müssen spätestens 2 Monate nach der Einäscherung bestattet werden. An Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen sind keine Bestattungen erlaubt. An Werktagen nach 13:30 Uhr sowie an Samstagen finden keine Bestattungen statt, ausgenommen sind stille Urnenbeisetzungen. In begründeten Fällen sind mit Genehmigung des Bürgermeisters der Stadt Ausnahmen zulässig. Dadurch entstehende Mehrkosten für personelle Aufwendungen und Betriebskosten hat der Antragsteller selbst zu tragen.
3. Die Trauerfeiern können in einem dafür bestimmten Raum, am Grabe oder an einer anderen im Freien vorgesehenen Stelle abgehalten werden.
4. Die Aufbahrung des Verstorbenen im Freiraum kann untersagt werden, wenn der Verdacht besteht, dass der Verstorbene an einer meldepflichtigen Krankheit gelitten hat oder wenn Bedenken wegen des Zustandes der Leiche bestehen.
5. Die Trauerfeiern sollten jeweils nicht länger als 30 Minuten dauern. Ausnahmen bedürfen der vorherigen Zustimmung des Bürgermeisters der Stadt.
6. Jede Musik- und jede Gesangsdarbietung auf den Friedhöfen sowie die Benutzung von Anlagen in den Feierhallen bedürfen der vorherigen Zustimmung des Bürgermeisters der Stadt.
7. Veranstalter ist der Antragsteller. Alle anfallenden Kosten und Gebühren, anteilige Mehrkosten für personelle Aufwendungen und Betriebskosten sind vom Antragsteller zu finanzieren.

§ 8 Bestattungen

1. Die Stadt stellt auf den Friedhöfen Sonnwalder Straße und OT Sorno Leichenhallen sowie Einrichtungen für Trauerfeiern bereit. Für Bestattungen, Urnenbeisetzungen und Ausgrabungen ist die Stadt zuständig. Dazu gehört das Öffnen und Schließen der Gruften. Bei Bedarf kann die Stadt diese Arbeiten durch die beauftragten Bestatter ausführen lassen. Das Tragen und Versenken der Särge sowie das Versenken der Urnen liegt bei Bedarf in der Verantwortung der beauftragten Bestatter.
2. Urnen, die bis zur angegebenen Frist gemäß § 7 Abs. 2 nicht bestattet wurden, wird die Stadt von Amts wegen im allgemeinen Urnenfeld auf Kosten des Bestattungspflichtigen beisetzen.

§ 9 Benutzung der Feierhallen

1. Die Feierhallen stehen für Trauerfeiern zur Verfügung.

2. Die Ausstattung der Feierhallen wird durch die Stadt vorgenommen. Nach Absprache mit der Stadt ist eine zusätzliche Dekoration möglich. Die Halle ist nach der Trauerfeier in den ursprünglichen Zustand zu versetzen.
3. Wünschen die bestattungspflichtigen Angehörigen des Verstorbenen, dass in der Feierhalle vorhandene religiöse oder weltliche Symbole während der Trauerfeier nicht sichtbar sind, so ist dem in geeigneter Weise zu entsprechen.
4. Gedenkreden können von Geistlichen oder anderen Trauerrednern gehalten werden, die den Ablauf der Trauerfeier in Absprache mit den Hinterbliebenen festlegen. Der Bürgermeister der Stadt kann Mitwirkende und Teilnehmer bei Trauerfeiern ausschließen, wenn deren Beiträge oder Verhalten der Würde des Ortes nicht entsprechen bzw. hierdurch die Feier gestört wird.
5. Soll die Feier in der Halle länger als 30 Minuten dauern, so ist dies mit dem Bürgermeister der Stadt gesondert zu vereinbaren.
6. Das Aufstellen des Sarges in einer Feierhalle ist ausgeschlossen, wenn Bedenken wegen des Zustandes der Leiche bestehen.

§ 10 Leichenhalle (Kühlraum)

1. Die Leichenhalle dient ausschließlich der Aufnahme der Leichen bis zur Bestattung.
2. Bei der Einlieferung in die Leichenhalle muss der Sarg mit der Namenskarte versehen sein, die den Namen des Verstorbenen und des Bestatters enthält. Die Bestatter haben außerdem jeweils eine Eintragung im Leichenhallenbuch vorzunehmen.
3. Eine offene Aufbewahrung kann in der Schauzelle oder in der Feierhalle gestattet werden. Särge, die rasch verwesende Leichen enthalten bzw. gesundheitsaufsichtliche oder sonstige Bedenken bestehen, dürfen nicht geöffnet werden. Im Übrigen gelten die gesetzlichen und die amtsärztlichen Bestimmungen.
4. Die Särge sind spätestens eine halbe Stunde vor Beginn der Trauerfeier oder Bestattung endgültig zu schließen, sofern sie nicht wegen gesundheitsaufsichtlicher oder sonstigen Bedenken von vornherein geschlossen zu halten sind.
5. Die Särge Verstorbener, bei denen der Verdacht besteht, dass sie an einer meldepflichtigen Krankheit gelitten haben, sollen in einem gesonderten Raum der Leichenhalle aufgestellt werden. Der Zutritt zu diesem Raum und die Besichtigung der Leiche bedürfen zusätzlich der vorherigen Zustimmung des Amtsarztes.
6. Kranzspenden werden frühestens einen Tag vor der Totenfeier angenommen.

§ 11 Särge

1. Die Särge müssen festgefügt und so abgedichtet sein, dass jedes Durchsickern von Feuchtigkeit ausgeschlossen ist. Für die Bestattung sind zur Vermeidung von Umweltbelastungen nur Särge aus leicht abbaubaren Materialien (z.B. Vollholz) erlaubt, die keine PVC-, PCP-, formaldehydabspaltenden, nitrozellulosehaltigen oder sonstigen umweltgefährdenden Lacke und Zusätze enthalten. Entsprechendes gilt für Sargzubehör und –ausstattung. Die Kleidung der Leiche soll nur aus Papierstoffen und Naturtextilien bestehen. Auch Überurnen, die in die Erde beigesetzt werden, müssen aus leicht abbaubarem, umweltfreundlichem Material bestehen.
2. Die Särge sollen bei Erdbestattungen höchstens 205 cm lang, 72 cm hoch und im Mittelmaß 75 cm breit sein. Sind in Ausnahmefällen größere Särge erforderlich, ist die Zustimmung des Bürgermeisters der Stadt bei der Anmeldung der Bestattung einzuholen.
3. Für die Beisetzung in vorhandenen Gruften sind nur Metallsärge oder Holzsärge mit Metalleinsatz zugelassen, die luftdicht verschlossen sind.

§ 12 Ausheben und Schließen der Gräber

1. Das Ausheben und Schließen der Gräber wird durch die Stadt vorgenommen. Bei Bedarf kann die Stadt diese Arbeiten durch die beauftragten Bestatter ausführen lassen.
Soweit es sich um Wahlgrabstätten bzw. Urnenwahlgrabstätten handelt, müssen die Verfügungsberechtigten der Grabstätten veranlassen, dass beim Grabaushub störendes Grabzubehör (einschließlich Bepflanzung) entfernt wird. Sofern beim Ausheben der Gräber, Grabmale, Fundamente oder Grabzubehör durch die Stadt entfernt werden müssen, sind die dadurch entstehenden Kosten durch den Verfügungsberechtigten gegenüber der Stadt zu erstatten.
2. Die Tiefe der Gräber beträgt von der Erdoberfläche (ohne Hügel) bis zur Oberkante des Sarges mindestens 0,90 m, bis zur Oberkante der Urne mindestens 0,50 m.
3. Die Gräber für Erdbestattungen müssen voneinander durch mindestens 0,30 m starke Erdwände getrennt sein.

§ 13 Ruhezeit

1. Die Ruhezeiten betragen auf allen städtischen Friedhöfen:
 - a) für Erdbestattungen 20 Jahre
 - b) für Urnenbestattungen 20 Jahre
2. Ist zu erwarten, dass Leichen in Metallsärgen (bei Überführungen aus dem Ausland) innerhalb der Ruhefrist nicht ausreichend verwesen, so ist eine längere Ruhefrist festzusetzen. Dasselbe gilt für konservierte Leichen.
3. Die Erdbestattung konservierter Leichen ist auf den Friedhöfen der Stadt nicht zugelassen. Ausnahmen sind möglich bei Toten, die im Ausland gestorben sind und nach ausländischen Vorschriften vor der Überführung nach konserviert werden mussten.
4. Eine Grabstätte darf nur belegt werden, wenn die Dauer der Nutzungsrechte mindestens der Ruhezeit entspricht. Eine Grabstätte darf erst nach Ablauf der Ruhezeit wiederbelegt oder anderweitig verwendet werden.

§ 14 Nutzungsrecht

1. Das Nutzungsrecht ist zeitlich begrenzt:
 - a) Reihengräber Erdbestattung 20 Jahre
 - b) Wahlgräber Erdbestattungen 30 Jahre
 - c) Urnenwahlstellen 30 Jahre
 - d) Reihengrab für Urnenbestattung 20 Jahre
2. Für Reihengrabstätten ist eine Verlängerung des Nutzungsrechts nicht möglich. An Wahlgrabstätten kann auf Antrag das Nutzungsrecht gegen eine Gebühr verlängert werden.
3. Das Nutzungsrecht erlischt,
 - a) wenn die Zeit abgelaufen ist, für die es erworben wurde.
 - b) wenn das Nutzungsrecht entzogen wird.
 - c) wenn der Berechtigte auf das Nutzungsrecht verzichtet oder wenn das Nutzungsrecht erloschen ist, kann die Stadt über die Grabstätte verfügen.
4. Inhaber von Wahlgrabstellen müssen nach Ablauf des Nutzungsrechtes die Grabstelle (mit Urkunde) schriftlich an die Stadt zurückgeben.
5. Bei Erlöschen des Nutzungsrechts (Reihengräber) haben die Nutzungsberechtigten drei Monate nach Bekanntmachung die Grabmale und sonstige Grabausstattungsgegenstände bis zum Ablauf der Frist zu entfernen. Soweit dies nicht geschieht, veranlasst die Friedhofsverwaltung die Entsorgung auf Kosten der bisherigen Nutzungsberechtigten.

6. Es besteht kein Anspruch auf Rückzahlung der Gebühr, wenn das Nutzungsrecht entsprechend (3) Buchstaben b) und c) erlischt.
7. Die Übertragung des Nutzungsrechts an Dritte ohne Zustimmung des Bürgermeisters der Stadt ist unzulässig.

§ 15 Umbettungen

1. Die Ruhe der Toten darf grundsätzlich nicht gestört werden.
2. Umbettungen von Leichen und Aschen bedürfen, unbeschadet der sonstigen gesetzlichen Vorschriften, der vorherigen Zustimmung des Bürgermeisters der Stadt. Die Zustimmung kann nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes erteilt werden.
3. Alle Umbettungen auf den städtischen Friedhöfen erfolgen nur auf Antrag; antragsberechtigt ist bei Umbettungen aus Reihengrabstätten/Urnengrabstätten jeder Angehörige des Verstorbenen mit Zustimmung des Verfügungsberechtigten (§ 16 Abs. (5)), bei Umbettungen aus Wahlgrabstätten/Urnenwahlgrabstätten der jeweilige Nutzungsberechtigte.
4. Alle Umbettungen werden von der Stadt durchgeführt. Sie bestimmt den Zeitpunkt der Umbettung.
5. Der Ablauf der Ruhe- und der Nutzungszeit wird durch eine Umbettung nicht unterbrochen oder gehemmt.
6. Die Kosten der Umbettung und den Ersatz von Schäden, die an benachbarten Grabstätten und Anlagen durch eine Umbettung zwangsläufig entstehen, haben die Antragsteller zu tragen.
7. Ausgrabungen und Umbettungen von Leichen und Urnen darf der Träger des Friedhofes vor Ablauf der Ruhezeit nur zulassen, wenn ein wichtiger Grund eine Störung der Totenruhe rechtfertigt. Ausgrabungen und Umbettungen von Leichen bedürfen der Zustimmung der unteren Gesundheitsbehörde. Umbettungen von Leichen im Zeitraum von zwei Wochen bis zu sechs Monaten nach der Beisetzung sind unzulässig, sofern die Ausgrabung oder Umbettung nicht richterlich angeordnet ist.

IV. Grabstätten

§ 16 Allgemeines

1. Die Grabstätten sind Eigentum der Stadt Finsterwalde, Nutzungsrechte an Grabstätten können nur nach dieser Satzung erworben werden.
2. Es sind folgende Arten von Grabstätten zu unterscheiden:

a) Reihengrabstätten	(§ 17)
b) Reihengrabstätten -grüne Wiese mit Grabmal -	(§ 18)
c) Wahlgrabstätten	(§ 19)
d) Urnenwahlgrabstätten	(§ 20)
e) Urnengemeinschaftsanlage – anonyme Beisetzung	(§ 21)
f) Urnengemeinschaftsanlage – Beisetzung mit Schrifttafel	(§ 22)
g) Allg. Bestattungsfelder (Erd- und Urnenbestattung)	(§ 23)
h) Gräber der Opfer von Kriegs- und Gewaltherrschaft	(§ 24)
i) Ehrengrabstätten	(§ 25)
3. Ein Anspruch auf Überlassung einer Grabstätte in bestimmter Lage besteht nicht.
4. Die Neueinrichtung von Gruften und Grabgebäuden ist grundsätzlich nicht zugelassen. In bestehende Familiengruften sind sowohl Sarg- als auch Urnenbestattungen gestattet.
5. Durch den Erwerb einer Grabstelle wird ein beschränktes Nutzungsrecht erlangt. Es wird eine Urkunde ausgestellt.

6. Der Inhaber dieser Urkunde übernimmt alle sich aus dieser Friedhofsordnung ergebenden Rechte und Pflichten und entscheidet über weitere Beisetzungen auf der Grabstelle.
7. Die Nutzungsberechtigten/Grabstelleninhaber haben bei Anschriftsänderungen die Stadt schriftlich oder zur Niederschrift zu informieren.
8. Bei Rückgabe einer Grabstelle behält sich der Bürgermeister Stadt das Entscheidungsrecht über Rodung oder Verbleib von angepflanzten Sträuchern, Hecken und Koniferen vor.

§ 17 Reihengrabstätten

1. Die Reihengrabstätten sind Grabstätten für Erdbestattungen, die der Reihe nach belegt und erst im Todesfall für die Dauer der Ruhezeit des zu Bestattenden abgegeben werden. Die Ruhezeit wird bei Reihengräbern nicht verlängert, deshalb ist die Beisetzung einer Urne nicht gestattet.
2. In jeder Reihengrabstätte darf nur eine Leiche bestattet werden. Ausnahmen können bei gleichzeitig verstorbenen Familienangehörigen zugelassen werden. Im Grabe eines verstorbenen Elternteiles kann auch die Leiche eines noch nicht ein Jahr alten verstorbenen Kindes beigesetzt werden, wenn die Ruhezeit des Kindes die Ruhezeit des Reihengrabes nicht übersteigt.
3. Es werden eingerichtet:
 - a) Reihengrabstätten für Kinder bis zum vollendeten 5. Lebensjahr;
Größe der Gräber 1,30 m x 0,80 m.
 - b) Reihengrabstätten für Verstorbene ab vollendeten 5. Lebensjahr;
Größe der Gräber 2,50 m x 1,25 m.
4. Reihengrabstätten müssen nach Ablauf der Ruhefrist durch die Nutzungsberechtigten beräumt werden. Das Abräumen von Reihengrabstätten oder Teilen von ihnen nach Ablauf der Ruhezeiten wird 3 Monate vorher öffentlich und durch einen Hinweis auf dem betreffenden Grabfeld bekannt gemacht. Die Angehörigen der hier Bestatteten haben nach Ablauf der Ruhezeit das Grabzubehör zu entfernen. Geschieht dies nicht innerhalb von 3 Monaten, kann der Bürgermeister der Stadt die Entsorgung des Grabzubehörs auf Kosten des Nutzungsberechtigten veranlassen.
5. Über die Wiederverwendung/Wiederbelegung von Reihengrabfeldern nach Fristablauf entscheidet der Bürgermeister Stadt.

§ 18 Reihengrabstätten – grüne Wiese mit Grabmal –

1. Die Reihengrabstätten – grüne Wiese mit Grabmal- sind Grabstätten für Erdbestattungen, die der Reihe nach belegt und erst im Todesfall für die Dauer der Ruhezeit des zu Bestattenden abgegeben werden. Die Ruhezeit wird bei Reihengräbern nicht verlängert, deshalb ist die Beisetzung einer Urne nicht gestattet. Dieses Feld besteht nur aus einer Rasenfläche mit Grabmal. Das Anlegen von Grabhügeln ist hier nicht gestattet.
2. In jeder Reihengrabstätte – grüne Wiese mit Grabmal - darf nur eine Leiche bestattet werden.
3. Es werden eingerichtet:
 - a) Reihengrabstätten – grüne Wiese mit Grabmal –
für Kinder bis zum vollendeten 5. Lebensjahr (Kindergrabfeld);
Größe der Gräber 1,30 m x 0,80 m.
 - b) Reihengrabstätten – grüne Wiese mit Grabmal –
für Verstorbene ab vollendeten 5. Lebensjahr;
Größe der Gräber 2,50 m x 1,25 m.
4. Die Reihengrabstätten – grüne Wiese mit Grabmal - müssen nach Ablauf der Ruhefrist durch die Nutzungsberechtigten beräumt werden. Das Abräumen von Reihengrabstätten – grüne Wiese mit Grabmal - oder Teilen von ihnen nach Ablauf der Ruhezeiten wird 3 Monate vorher öffentlich und durch einen Hinweis auf dem betreffenden Grabfeld bekannt gemacht. Die Angehörigen der hier Bestatteten haben nach Ablauf der Ruhezeit das Grabmal zu entfernen. Geschieht dies nicht

innerhalb von 3 Monaten, kann der Bürgermeister der Stadt die Entsorgung des Grabmals auf Kosten des Nutzungsberechtigten veranlassen.

5. Über die Wiederverwendung/Wiederbelegung von Reihengrabfeldern nach Fristablauf entscheidet der Bürgermeister der Stadt.
6. Das Ablegen von Blumengebinden, Kränzen, Vasen und anderem Grabschmuck ist nicht erlaubt.

§ 19 Wahlgrabstätten

1. Wahlgrabstätten sind ein- oder mehrstellige Grabstätten für Erdbestattungen, an denen die Stadt auf Antrag ein Nutzungsrecht für 30 Jahre verleihen kann. Die Lage der Grabstätten kann vom Erwerber des Nutzungsrechtes innerhalb der zur Bestattung anstehenden Abteilung gewählt werden. Der Wiedererwerb eines Nutzungsrechtes ist nur auf Antrag und nur für die gesamte Wahlgrabstätte möglich. Der Bürgermeister der Stadt kann den Erwerb und Wiedererwerb von Nutzungsrechten an Wahlgrabstätten ablehnen, insbesondere wenn die Schließung gem. § 4 beabsichtigt ist.

Die Abmessungen sind bei Wahlgräbern in geschlossenen Grabfeldern einschließlich der anteiligen Flächen der Zwischenräume

- a) 3,00 m lang x 1,50 m breit für eine Stelle,
 - b) für jede weitere Stelle + 1,50 m in der Breite,
 - c) in bestehenden Feldern Abmessungen nach Möglichkeit.
2. Bei Ablauf des Nutzungsrechtes kann der Bürgermeister der Stadt auf Antrag des jeweils bislang Nutzungsberechtigten das Nutzungsrecht verlängern.
 3. Schon bei der Verleihung des Nutzungsrechtes soll der Erwerber für den Fall seines Ablebens aus dem in unter (4) genannten Personenkreis seinen Nachfolger im Nutzungsrecht bestimmen und ihm das Nutzungsrecht durch einen Vertrag übertragen, der erst zum Zeitpunkt des Todes des Übertragenen wirksam wird. Der jeweilige Nutzungsberechtigte kann das Nutzungsrecht nur auf eine Person aus dem Kreis des Abs. 4 übertragen; er bedarf dazu der vorherigen Zustimmung der Stadt.
 4. Wird bis zum Ableben keine derartige Regelung getroffen, geht das Nutzungsrecht auf die Angehörigen des verstorbenen Nutzungsberechtigten mit deren Zustimmung in nachstehender Reihenfolge über:
 - a) auf den Ehepartner oder den Partner einer eingetragenen Lebensgemeinschaft,
 - b) auf die leiblichen und adoptierten Kinder,
 - c) auf die Kinder des Ehepartners oder des Partners der eingetragenen Lebensgemeinschaft,
 - d) auf die Enkel des zuletzt Beigesetzten,
 - e) auf die Eltern,
 - f) auf die Geschwister,
 - g) auf die Stiefgeschwister,
 - h) auf die nicht unter a) bis g) fallenden Erben.Innerhalb der einzelnen Gruppen b) bis h) wird der älteste, nachfolgend die jüngere Person Nutzungsberechtigter. Die Stadt kann einen anderen Nutzungsberechtigten zulassen, wenn die Person, auf die das Nutzungsrecht übergegangen ist, eine schriftliche Einverständniserklärung abgibt.
 5. Der jeweilige Nutzungsberechtigte hat im Rahmen der Friedhofssatzung und der dazu ergangenen Regelungen das Recht, in der Wahlgrabstätte beigesetzt zu werden, bei Eintritt eines Bestattungsfalles über andere Beisetzungen und über die Art und Gestaltung und der Pflege der Grabstätte zu entscheiden.
 6. Aus dem Nutzungsrecht ergibt sich die Pflicht zur Anlage und zur Pflege der Grabstätte.

7. Das Nutzungsrecht an unbelegten Grabstätten kann auf Antrag jederzeit, an teilbelegten Grabstätten erst nach Ablauf der letzten Ruhezeit, zurückgegeben werden. Eine Rückgabe ist nur für die gesamte Grabstätte möglich.
8. Nach Ablauf der Ruhezeit und Erlöschen des Nutzungsrechts kann die Stadt über die Grabstellen verfügen.

§ 20 Urnenwahlgrabstätten

1. Urnenwahlgrabstätten sind Aschengrabstätten, an denen auf Antrag ein Nutzungsrecht für die Dauer von 30 Jahren verliehen und deren Lage im Benehmen mit dem Erwerber bestimmt wird. Urnenwahlgrabstätten können außer in Wahlgrabstätten auch in Mauern, Terrassen und Hallen eingerichtet werden, wenn die baulichen Voraussetzungen geschaffen wurden. Die Zahl der Urnen, die in einer Urnenwahlgrabstelle beigesetzt werden können, richtet sich nach der Größe der Aschengrabstätte. Der Ersterwerb erfolgt bei Eintritt eines Bestattungsfalles. Die Größe einer Urnenwahlgrabstätte (Erdbereich) beträgt 1 m x 1 m.
2. Je Grabstätte können bis zu 4 Urnen beigesetzt werden. Die Ruhezeit der Urnen muss durch die Dauer des Nutzungsrechts an der Grabstätte abgedeckt sein.
3. Bei Ablauf des Nutzungsrechts gilt § 14 (3).
4. Das Anlegen von Grabhügeln ist hier nicht gestattet.

§ 21 Urnengemeinschaftsanlage – anonym

1. In einer Urnengemeinschaftsanlage – anonym - werden Urnen der Reihe nach innerhalb einer Fläche von 0,25 m mal 0,25 m je Urne für die Dauer der Ruhezeit (§ 13) unterirdisch beigesetzt. Diese Grabstellen werden nicht gekennzeichnet.
2. Über den Termin der Urnenbeisetzung und die Zahl der in einer Gemeinschaftsgrabstätte beizusetzenden Urnen sowie über die Wiederbelegung von Gemeinschaftsgrabstätten, deren Ruhezeit abgelaufen ist, entscheidet die Stadt.
3. Die Unterhaltung und Bewirtschaftung der Urnengemeinschaftsanlage – anonym - wird ausschließlich von der Stadt organisiert. Grabschmuck, Blumen, Gestecke und dgl. dürfen nur auf der dafür vorgesehenen Stelle abgelegt werden.

§ 22 Urnengemeinschaftsanlagen – mit Schrifttafel

1. Belegungsformen:
 - a) Einzelbelegung:

Bei einer Einzelbelegung der Urnengemeinschaftsanlage – mit Schrifttafel - werden Urnen der Reihe nach innerhalb einer Fläche von 0,40 m mal 0,40 m je Urne für die Dauer der Ruhezeit (§ 13) unterirdisch beigesetzt.
 - b) Doppelbelegung:

Bei einer Doppelbelegung der Urnengemeinschaftsanlage – mit Schrifttafel - werden Urnen der Reihe nach innerhalb einer Fläche von 0,40 m mal 0,40 m je Urne für die Dauer der Ruhezeit (§ 13) unterirdisch beigesetzt. Ein Doppelbelegungsfeld beträgt 0,40 m mal 0,80 m und bietet die Möglichkeit zu einem späteren Zeitpunkt eine zweite Urne in diesem Belegungsfeld beizusetzen.

Mit Eintreten des zweiten Bestattungsfalles in einer Doppelbelegung sind die Nutzungsrechte sowie auch die Friedhofsunterhaltungsgebühren der 1. Urne entsprechend der Ruhezeit der 2. Urne zu verlängern.

2. Je Grabstelle kann hier eine Urne beigesetzt werden. Nach der Bestattung wird in das jeweils betreffende Rasenfeld eine Schrifttafel eingelassen.
3. Die Schrifttafel wird in Form, Größe, Materialbeschaffenheit und Farbe von der Stadt vorgegeben, damit in dieser Anlage ein einheitliches Bild entsteht. Der Auftrag für die Anfertigung der Schrifttafel wird im Namen der Stadt und zu Rechnung des Nutzungsberechtigten ausgelöst.
4. Mit Eintreten des zweiten Bestattungsfalles in einer Doppelbelegung sind die Nutzungsrechte sowie auch die Friedhofsunterhaltungsgebühren der 1. Urne auf die Nutzungszeit für die 2. Urne zu verlängern.
5. Die Unterhaltung und Bewirtschaftung der Urnengemeinschaftsanlagen – mit Schrifttafel - werden ausschließlich von der Stadt organisiert.
6. Das Ablegen von Blumengebinden, Kränzen, Vasen und anderem Grabschmuck ist nicht, das Ablegen einer einzelnen Blume auf der Grabtafel, ist jedoch erlaubt.

§ 23 Allgemeine Bestattungsfelder

Die allgemeinen Bestattungsfelder für Erd- bzw. Urnenbestattungen sind für anonyme Bestattungen bestimmt. Diese Felder bestehen nur aus einer Rasenfläche. Grabmale, Gebinde bzw. Grabschmuck sind hier nicht zulässig. Das Anlegen von Grabhügeln ist hier nicht gestattet.

§ 24 Ehrengrabstätten

Die Zuerkennung, die Anlage und die Unterhaltung von Ehrengrabstätten (einzeln oder in geschlossenen Feldern) obliegt ausschließlich der Stadt Finsterwalde.

V. Gestaltung der Grabstätten

§ 25 Allgemeine Gestaltungsvorschriften

1. Jede Grabstätte, auch in Abteilungen ohne besondere Gestaltungsvorschriften, ist so zu gestalten und an die Umgebung anzupassen, dass die Würde des Friedhofes in seinen einzelnen Teilen und in seiner Gesamtanlage gewahrt bleibt.
2. Insbesondere sind folgende Grundsätze einzuhalten:
 - a) Die Gestaltung und Unterhaltung der Grabstellen in einer, dem Friedhof würdigen Weise.
 - b) Die Vorgaben der Stadt hinsichtlich der Gestaltung der Grundbepflanzung der jeweiligen Grabfelder, der Bepflanzung der Grabstätten und Anlage von Zwischenwegen.
 - c) Die Anwendung Boden bedeckender Pflanzen zur Grundbepflanzung. Dauerpflanzungen sollten aus einer oder wenigen miteinander kombinierfähigen Pflanzenarten bestehen.
 - d) Von angelegten Bepflanzungen dürfen keine Störungen auf benachbarte Gräber ausgehen. Auf den Gräbern dürfen Gehölze nicht höher sein als der Grabstein.

§ 26 Wahlmöglichkeit

1. Auf den Friedhöfen werden Abteilungen mit und Abteilungen ohne besonderen Gestaltungsvorschriften eingerichtet. Es besteht die Möglichkeit, zwischen diesen beiden Gestaltungsformen zu wählen. Die Entscheidung ist jedoch bindend und nicht umkehrbar.
2. Die Stadt hat auf diese Wahlmöglichkeit vor dem Erwerb eines Nutzungsrechts hinzuweisen.
3. Wird von dieser Wahlmöglichkeit (bei der Anmeldung der Bestattung) kein Gebrauch gemacht, hat die Beisetzung in einer Abteilung mit besonderen Gestaltungsvorschriften zu erfolgen.

§ 27 Grabausstattung und –pflege

1. Die Erstgestaltung der Grabhügel erfolgt durch die Stadt.
Die Hinterbliebenen können auf den Friedhöfen zugelassene Gewerbetreibende damit beauftragen, die Grabstätten nach Maßgabe des Gestaltungsplanes herzurichten, zu schmücken, zu unterhalten und zu pflegen, sofern sie diese Arbeiten nicht selbst durchführen.
2. Alle Grabstellen sollen spätestens 6 Monate nach der Beisetzung würdig hergerichtet werden und sind bis zum Ablauf des Nutzungsrechts instand zu halten. Die Nutzung kann entschädigungslos entzogen und die Grabstellen können auf Kosten des Nutzungsberechtigten oberirdisch beräumt werden, wenn sie trotz schriftlicher oder öffentlicher Aufforderung nach Ablauf einer Frist von 8 Wochen nicht der Friedhofssatzung entsprechend unterhalten werden. Das Recht zur Beräumung gilt auch für nicht der Friedhofssatzung entsprechend angelegte Grabstellen. Die Wiederherrichtung solcher Grabstellen kann nur innerhalb der Ruhefrist mit besonderer Genehmigung und nach Zahlung aller angefallenen Kosten erfolgen.
3. Das Anlegen von Anpflanzungen und Hecken um Grabstellen ist nur gestattet, wenn dies im Belegungsplan vorgesehen ist. Es kommen nur schwach wachsende Gehölze in Frage und sollten unmittelbar in den Boden gepflanzt werden. Die Hecken sollten regelmäßig verschnitten und sich in der Höhe den Nachbargräbern anpassen.
4. Die Beseitigung der auf Grabstätten gepflanzten Gehölze ist nur mit Genehmigung der Stadt zulässig. Die Stadt kann den Schnitt oder die Beseitigung stark wuchernder oder absterbender Gehölze verlangen und selbst durchführen, wenn die Nutzungsberechtigten der Aufforderung nicht nachkommen.
5. Trittplatten müssen innerhalb eines Feldes in Material, Form und Bearbeitung abgestimmt sein. Innerhalb von Wahlgrabstellen sind Steineinfassungen aus natürlichem Material und ohne Fundament zulässig, wenn sie durch eine Fachfirma errichtet werden.
6. Verwelkte Blumen, Kränze usw. sind von den Gräbern durch die Grabstellenbenutzer zu entfernen und an den hierfür bestimmten Plätzen unter Beachtung der Trennung von verrottbaren und nicht verrottbaren Abfällen abzulegen.
7. Das Aufstellen von Bänken oder anderen Sitzgelegenheiten in den Grabstellen ist nicht gestattet.
8. Die Herrichtung, die Unterhaltung und jede Veränderung der gärtnerischen Anlagen außerhalb der Grabstätten obliegen ausschließlich der Stadt.
9. Kunststoffe und andere nicht verrottbare Werkstoffe dürfen in Produkten der Trauerfloristik, insbesondere in Kränzen, Trauergebunden- und -gestecken nicht verwendet werden. Kleinzubehör wie Blumentöpfe, Grablichter, Plastiktüten aus nicht verrottbarem Material sind vom Friedhof zu entfernen oder in den zur Abfalltrennung bereitgestellten Behältern zu entsorgen.
10. Bei der Rückgabe einer Grabstelle ist diese, in Absprache mit der Stadt, oberflächlich zu beräumen. Dazu zählen die Grabmale, einschließlich deren Fundamentierung, sonstige bauliche Anlagen, die Grabhügel sowie der Bewuchs. Anfallende Abfälle, sind auf eigene Kosten zu entsorgen und dürfen nicht in die bereitgestellten Abfallbehälter verbracht werden.

§ 28 Abteilungen ohne besondere Gestaltungsvorschriften

Abteilungen ohne besondere Gestaltungsvorschriften sind:

- a) Das Grabfeld Bergheide/Klingmühl.
- b) Das Kindergrabfeld.
- c) Der Friedhof im OT Sorno.

§ 29 Grabmalgestaltung

1. Gräber und Grabmale sind so zu gestalten und zu unterhalten, dass sie sich in den jeweiligen Friedhof einfügen und dem Friedhofszweck entsprechen.
2. Als Werkstoff für Grabmale können Natursteine in verschiedener Farbgebung Verwendung finden. Geeignete alternative Materialien sind in den Grabfeldern gemäß § 28 zulässig. Das verwendete Material muss einwandfrei beschaffen, materialgerecht verarbeitet, wetterbeständig und bruchstabil sein. Scharfe Kanten, Ecken oder Spitzen, von denen Verletzungsgefahren ausgehen können, sind nicht zulässig.
3. Aus bestattungstechnischen und Verkehrssicherheitsgründen ist es erforderlich, Grabmale zu begrenzen. Die angegebenen Maße sind keine Richtwerte, sondern stellen die oberen Grenzen dar.

Art des Grabmals	größte Breite (m)	größte Höhe (m) mit Sockel	Mindeststärke (m) (bei Steingrabmalen)
Kindergräber	0,45	0,65	0,12
Reihengräber	0,40 - 0,55	0,90	0,12
Urnenwahlgräber	0,40 - 0,50	0,80	0,12
Einzelgräber	0,70 - 0,90	1,20	0,12
Doppelwahlgräber	0,90 - 1,50	1,20	0,12

Steineinfassungen

Urnengräber	0,80 m x 0,80 m	
Grabhügel	1,70 m x 0,70 m	
Schrifttafel für die UGA:	0,22 m x 0,15 m x 0,06 m	Schrifthöhe: 0,03 m

4. Zulässige Sockelhöhe ist 0,12 m. Ist es in Wahlstellen durch Bewuchs oder Erdauffüllung erforderlich, kann der Sockel bis 0,20 m betragen. Die Mindesthöhe stehender Grabmale beträgt 0,50 m.
5. Die Form des Denkmals soll schlicht, klar und materialgerecht sein und sich in das Grabfeld einfügen.
6. Die Schriftordnung sowie die Verwendung von Sinnzeichen sollen klar auf die Aussage des Grabmals sowie auf Größe und Form desselben bezogen sein.
7. Die Schrifttexte sollen klare, schlichte Aussagen über den Toten enthalten.

§ 30 Zustimmungserfordernis

1. Die Errichtung und jede Veränderung von Grabmalen bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Stadt. Die Zustimmung soll bereits vor der Anfertigung und Veränderung der Grabmale eingeholt werden. Auch provisorische Grabmale sind zustimmungspflichtig, sofern sie größer als 15 cm x 15 cm sind. Die Anträge sind durch die Verfügungsberechtigten zu stellen. Der Antragsteller hat dabei das Nutzungsrecht für die Grabstelle nachzuweisen.
2. Den Anträgen sind zweifach beizulegen:
 - a) Der Grabmalentwurf mit Grundriss und Seitenansicht im Maßstab 1:10 unter Angabe des Materials, seiner Bearbeitung, des Inhalts, der Form und der Anordnung. Ausführungszeichnungen sind einzureichen, soweit es zum Verständnis erforderlich ist.
 - b) Zeichnungen der Schrift, der Ornamente und Symbole im Maßstab von 1:1 unter Angabe des Materials, seiner Bearbeitung, des Inhalts, der Form und Anordnung. Ausführungszeichnungen sind einzureichen, soweit es zum Verständnis erforderlich ist.

3. In besonderen Fällen kann die Vorlage eines Modells im Maßstab 1:5 oder das Aufstellen eines Modells in natürlicher Größe auf der Grabstelle verlangt werden.
4. Die Errichtung und jede Veränderung aller sonstigen baulichen Anlagen bedarf ebenfalls der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Stadt. Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend.
5. Die Zustimmung erlischt, wenn das Grabmal oder die sonstige bauliche Anlage nicht binnen einen Jahres errichtet worden ist.
6. Die nicht zustimmungspflichtigen, provisorischen Grabmale sind nur als naturlasierte Holztafeln oder -kreuze zulässig und dürfen nicht länger als 2 Jahre nach der Beisetzung verwendet werden.

§ 31 Anlieferung von Grabmalen

1. Beim Liefern von Grabmalen und sonstigen baulichen Anlagen sind der Stadt vor der Errichtung vorzulegen:
 - a die Gebührenempfangsbescheinigung,
 - b der genehmigte Entwurf,
 - c die genehmigte Zeichnung der Schrift, der Ornamente und der Symbole.
2. Die Grabmale und sonstigen baulichen Anlagen sind so zu liefern, dass sie am Friedhofseingang von Mitarbeitern oder Beauftragten der Stadt überprüft werden können.

§ 32 Standsicherheit der Grabmale

1. Die Grabmale sind in ihrer Größe entsprechend nach den allgemein anerkannten Regeln des Handwerkes (Richtlinien des Bundesinnungsverbandes des Deutschen Steinmetz-, Stein- und Holzbildhauerhandwerks für das Errichten und Versetzen von Grabdenkmälern in der jeweils gültigen Fassung) zu fundamentieren und so zu befestigen, dass sie dauerhaft standsicher sind und auch beim Öffnen benachbarten Gräber nicht umstürzen oder sich senken können. Satz 1 gilt für sonstige bauliche Anlagen entsprechend.
2. Die Mindeststärke, die Art der Fundamentierung und der Befestigung, insbesondere die Größe und Stärke der Fundamente, bestimmt die Stadt gleichzeitig mit der Zustimmung nach § 31. Sie kann überprüfen, ob die vorgeschriebene Fundamentierung durchgeführt worden ist.

§ 33 Unterhaltung der Grabmale

1. Die Grabmale und die sonstigen baulichen Anlagen sind dauerhaft in verkehrssicherem Zustand zu halten. Verantwortlich dafür ist der Nutzungsberechtigte.
2. Ist die Standsicherheit von Grabmalen und sonstigen baulichen Anlagen oder Teilen davon gefährdet, sind die Verantwortlichen verpflichtet, unverzüglich Abhilfe zu schaffen. Bei Gefahr im Verzug kann die Stadt auf Kosten der Verantwortlichen Sicherungsmaßnahmen (z.B. Umlegen von Grabmalen, Absperrungen) treffen. Wird der ordnungsgemäße Zustand trotz schriftlicher Aufforderung der Stadt nicht innerhalb einer jeweils festzusetzenden, angemessenen Frist beseitigt, ist die Stadt berechtigt, dies auf Kosten der Verantwortlichen zu tun oder das Grabmal, die sonstige bauliche Anlage oder die Teile davon zu entfernen. Die Stadt ist nicht verpflichtet, diese Sachen aufzubewahren. Ist der Verantwortliche nicht bekannt oder nicht ohne Weiteres zu ermitteln, genügt eine öffentliche Bekanntmachung und ein 6-wöchiger Hinweis auf der Grabstätte. Die Verantwortlichen sind für jeden Schaden haftbar, der durch Umfallen von Grabmalen oder sonstiger baulicher Anlagen oder durch Abstürzen von Teilen davon verursacht wird.

§ 34 Entfernung von Grabmalen

1. Grabmale und sonstige baulichen Anlagen dürfen vor Ablauf der Ruhezeit oder des Nutzungsrechtes nur mit schriftlicher Zustimmung der Stadt von den Grabstätten entfernt werden.
2. Nach Ablauf der Ruhezeit oder des Nutzungsrechtes sind die Grabmale oder sonstigen baulichen Anlagen zu entfernen. Dazu bedarf es eines Erlaubnisscheines der Stadt. Sind die Grabmale oder sonstigen baulichen Anlagen nicht innerhalb von 3 Monaten nach Ablauf der Ruhezeit oder des Nutzungsrechtes entfernt, fallen sie entschädigungslos in die Verfügungsgewalt der Stadt. Sofern Grabstätten von der Stadt abgeräumt werden, hat der jeweilige Nutzungsberechtigte die Kosten zu tragen.

§ 35 Vernachlässigungen

1. Wird eine Grabstätte nicht ordnungsgemäß hergerichtet oder gepflegt, hat der Verfügungsberechtigte auf schriftliche Anforderung der Stadt die Grabstätte innerhalb einer jeweils festzusetzenden Frist in Ordnung zu bringen. Ist der Verfügungsberechtigte nicht bekannt oder nicht ohne Weiteres zu ermitteln, genügt eine öffentliche Bekanntmachung und ein 6-wöchiger Hinweis auf der Grabstätte, bei Reihengrabstätten auf dem Grabfeld. Wird der Aufforderung nicht gefolgt, können Reihengrabstätten/Urnenreihengrabstätten von der Stadt abgeräumt, eingeebnet und eingesät werden. Bei Wahlgrabstätten/Urnenwahlgrabstätten kann die Stadt in diesem Fall die Grabstätte auf Kosten des jeweiligen Nutzungsberechtigten in Ordnung bringen lassen oder das Nutzungsrecht ohne Entschädigung entziehen. Vor dem Entzug des Nutzungsrechtes ist der jeweilige Nutzungsberechtigte noch einmal schriftlich aufzufordern, die Grabstätte unverzüglich in Ordnung zu bringen - ist er nicht bekannt oder ohne Weiteres zu ermitteln, hat noch einmal eine entsprechende öffentliche Bekanntmachung und ein entsprechender 6-wöchiger Hinweis auf der Grabstätte zu erfolgen. In dem Entziehungsbescheid ist der jeweilige Nutzungsberechtigte aufzufordern, das Grabmal und die sonstigen baulichen Anlagen innerhalb von 3 Monaten seit Unanfechtbarkeit des Entziehungsbescheides zu entfernen. Der Verfügungsberechtigte ist in den schriftlichen Aufforderungen, der öffentlichen Bekanntmachung und dem Hinweis auf der Grabstätte oder dem Grabfeld auf die für ihn maßgeblichen Rechtsfolgen der Sätze 3 und 4 und in dem Entscheidungsbescheid auf die Rechtsfolge des § 27 Abs. 2 Satz 3 und 4 hinzuweisen.
2. Für den Grabschmuck gilt § 27 Abs. 2 Satz 3 und 4 entsprechend.

VI. Schlussvorschrift

§ 36 Alte Rechte

1. Bei Grabstätten, über welche die Stadt bei Inkrafttreten dieser Satzung bereits verfügt hat, richten sich die Nutzungszeit und die Gestaltung nach den bisherigen Vorschriften.
2. Die vor dem In-Kraft-Treten dieser Satzung entstandenen Nutzungsrechte von unbegrenzter oder unbestimmter Dauer werden auf zwei Nutzungszeiten gemäß § 19 Abs. 1 oder § 20 Abs. 1 dieser Satzung seit Erwerb begrenzt. Sie enden jedoch nicht vor Ablauf eines Jahres nach In-Kraft-Treten dieser Satzung und der Ruhezeit der zuletzt beigesetzten Leiche oder Asche.
3. Im Übrigen gilt diese Satzung.

§ 37 Haftung

Die Stadt haftet nicht für Schäden, die durch nichtsatzungsgemäße Benutzung der Friedhöfe, ihrer Anlagen und ihrer Einrichtungen, durch äußere Einflüsse Dritter, durch Diebstahl oder durch Tiere verursacht werden.

Der Stadt obliegt keine über die Verkehrssicherungspflicht hinausgehende Obhut- und Bewachungspflicht.

Im Übrigen haftet die Stadt Finsterwalde nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit. Von dieser Haftungsbeschränkung ausgenommen sind alle Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit.

§ 38 Gebühren

Für die Benutzung der von der Stadt verwalteten Friedhöfe und ihrer Einrichtungen sind die Gebühren nach der jeweils geltenden Friedhofsgebührensatzung zu entrichten.

Die Friedhofsunterhaltungsgebühr (Jahresgebühr) ist durch Nutzungsbeendigung oder Erwerb einer Grabstelle innerhalb des Kalenderjahres nicht teilbar.

§ 39 Ordnungswidrigkeiten

Mit Bußgeld kann belegt werden, wer vorsätzlich oder auch fahrlässig

1. entgegen § 5 Abs. 1 sich als Besucher nicht der Würde des Friedhofes entsprechend verhält oder Anordnungen des Friedhofspersonals nicht befolgt.
2. entgegen § 5 Abs. 5
 - a) die Wege mit Fahrzeugen aller Art und Sportgeräten (z.B. Rollschuhe, Inlineskater), ausgenommen Kinderwagen und Rollstühle sowie Fahrzeuge der Stadt und der für den Friedhof zugelassenen Gewerbetreibenden, befährt,
 - b) Waren aller Art, insbesondere Kränze und Blumen verkauft, sowie Dienstleistungen anbietet,
 - c) an Sonn- und Feiertagen und in der Nähe einer Bestattung störende Arbeiten ausführt,
 - d) Film-, Ton-, und Fotoaufnahmen, außer zu privaten Zwecken, erstellt und verwertet,
 - e) Druckschriften verteilt, ausgenommen Drucksachen, die im Rahmen einer Bestattungsfeier notwendig und üblich sind,
 - f) den Friedhof und seine Einrichtungen sowie Anlagen und die Grabstätten verunreinigt oder beschädigt, Einfriedungen und Hecken übersteigt und Rasenflächen (soweit sie nicht als Wege dienen), Grabstätten und Grabeinfassungen betritt,
 - g) Abraum und Abfall außerhalb der dafür bestimmten Stellen entsorgt,
 - h) Hausmüll, Straßenkehricht, Gartenabfälle etc. in die bereitgestellten Container entsorgt,
 - i) Tiere mitbringt - ausgenommen Blindenhunde,
 - j) Wasser zu anderen Zwecken, als zur Grabpflege verwendet,
 - k) lärmt, spielt, isst und trinkt sowie lagert.
3. entgegen § 5 Abs. 3 Totengedenkfeiern ohne Zustimmung der Stadt durchführen.
4. entgegen § 6 Abs. 1, 7 und 8 als Gewerbetreibender ohne vorherige Zulassung tätig wird, außerhalb der festgesetzten Zeiten Arbeiten durchführt sowie Werkzeuge und Materialien unzulässig lagert oder mit Wasser aus Zapfstellen des Friedhofes reinigt.
5. entgegen § 18 Abs. 6 auf der Grabstätte Blumengebinde, Kränze, Vasen und anderen Grabschmuck ablegt.
6. entgegen § 21 Abs. 3 Blumengebinde, Kränze, Vasen und anderen Grabschmuck außerhalb der dafür vorgesehenen Stelle ablegt.

7. entgegen § 22 Abs. 6 auf der Grabstätte Blumengebinde, Kränze, Vasen und anderen Grabschmuck ablegt.
8. entgegen § 27 Abs.9 Kunststoffe und andere nicht verrottbare Werkstoffe verwendet oder so beschaffenes Zubehör nicht vom Friedhof entfernt oder in den bereitgestellten Behältern entsorgt.
9. entgegen § 27 Abs. 10 anfallende Abfälle nicht auf eigene Kosten sondern in die bereitgestellten Abfallbehälter entsorgt.
- 10.entgegen § 30 Abs. 1 und Abs. 3 ohne vorherige Zustimmung Grabmale oder bauliche Anlagen errichtet oder verändert.
- 11.entgegen § 32 Abs. 1 Grabmale nicht fachgerecht befestigt und fundamentiert.
- 12.entgegen § 33 Abs. 1 Grabmale nicht in gutem und verkehrssicherem Zustand hält.
- 13.entgegen § 34 Abs. 1 Grabmale und bauliche Anlagen ohne vorherige schriftliche Zustimmung entfernt.
- 14.entgegen § 35 Grabstätten vernachlässigt.

Eine Ordnungswidrigkeit kann nach Maßgabe des Gesetzes über das Leichen-, Bestattungs- und Friedhofswesen im Land Brandenburg (Brandenburgisches Bestattungsgesetz - BbgBestG mit einer Geldbuße geahndet werden.

§ 40 In-Kraft-/Außer-Kraft-Treten

1. Die Friedhofsatzung tritt am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.
2. Am gleichen Tag wird die Friedhofsatzung vom 26.05.2010 und die Fassung der 1. Änderung vom 27.09.2011 außer Kraft gesetzt.

Finsterwalde, 22.02.2012



Jörg Gampe
Bürgermeister der Stadt Finsterwalde